

Zur politischen und militärischen Entwicklung

Oskar Flück

Die Zeichen für Verhandlungen stehen in Sri Lanka Anfang Oktober 2003 besser als noch im vergangenen Sommer. Zum ersten Mal in ihrer Geschichte arbeiten die *Tamil Tigers* (LTTE) politische Lösungsvorschläge für den ethnischen Konflikt aus, die auf dem Studium verschiedener föderalistischer Systeme beruhen. Gravierende militärische Zwischenfälle sind seit dem 14. Juni ausgeblieben. Probleme bleiben aber genug:

Das ist vor allem das Sperrfeuer zu nennen, das von der Staatspräsidentin Chandrika Kumaratunga und der politischen Opposition ausgeht und sich sowohl gegen die LTTE als auch den Premierminister Ranil Wickremesinghe richtet; aber auch Verträge gegen die zwischen Regierung und LTTE vereinbarte Absichtserklärung (*Memorandum of Understanding, MoU*) vom Februar 2002 belasten im Kleinen immer wieder den Friedensprozeß und beeinträchtigen das gegenseitige Vertrauen. Die von Norwegen koordinierte *Sri Lanka Monitoring Mission* (SLMM) steht zwischen den Konfliktparteien und versucht, jeweils aufkommende Wogen der Wut zu besänftigen.

Die politische Ebene

Nach dem Ausschluß der LTTE von einer Vorbereitungsitzung in Washington für die Konferenz in Tokio, militärischen Zwischenfällen auf dem Meer und dem Boykott der LTTE sowohl der Geberkonferenz in Tokio als auch der siebten Friedensrunde in Thailand in diesem Frühjahr war die politische Situation in Sri Lanka vorübergehend verfahren. Dann aber intensivierten sich die Bemühungen beider Seiten für eine Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen. Die LTTE hielt im Ausland mehrere Konferenzen ab, bei denen sie sich mit Experten über verfassungsrechtliche Fragen im Zusammenhang mit föderalistischen Staatsmodellen auseinandersetzte. Ihre am 22. Mai durch Anton Balasingam gestellte Hauptforderung nach einer Interimsadministration, in welcher die LTTE

Machtkompetenzen wahrnehmen kann, wurde von der Regierungsseite am 18. Juli positiv beantwortet. Die Opposition sah darin zwar je nach politischer Strömung einen Verrat an der singhalesischen Kultur, einen Dambruch gegen das Modell eines ungeteilten Sri Lanka oder eine Gefahr für Minderheiten in den LTTE-kontrollierten Gebieten. Und die nach einer inneren Krise wieder stärker geeinten Muslime verlangten sofort, daß auch sie von Sonderlösungen profitieren müßten. Auch die Staatspräsidentin unterstützte Ideen einer administrativen Neugliederung des Landes, die die Macht der LTTE einschränken würde. Aber immerhin ist mit den Regierungsvorschlägen Bewegung in den Friedensprozeß geraten, und die meisten Beobachter sind optimistisch, daß in der zweiten Oktoberhälfte wieder direkte Gespräche stattfinden werden.

Auf unterer Ebene ist dies bereits umgesetzt worden: An einem Workshop über Föderalismus am 9. September im schweizerischen Bern trafen sich die schweizerische Außenministerin Micheline Calmy-Rey, Ian Martin vom *International Centre for Transnational Justice*, S. Puleedevan vom Friedenssekretariat der LTTE und B. Gunatilleke vom srilankischen Friedenssekretariat mit schweizerischen Staatsrechtlern und weiteren Personen. Am 2. Oktober begann dann eine Konferenz der LTTE in Dublin (Irland), unter Beteiligung der LTTE-Spitzen Thamichelvam, Karuna und Puleedevan, bei der letzte Details für die Lösungsvorschläge der LTTE bezüglich des Nordostens geklärt werden sollten (Ergebnisse standen bei

Redaktionsschluß noch nicht fest).

Die Rede von Premierminister Ranil Wickremesinghe am 26. September vor der UNO-Vollversammlung war von Optimismus geprägt. Er strich eindrucksvoll die schon jetzt erreichte Friedensdividende heraus, die gegenüber der Situation vor dem Ende des Bürgerkriegs mit einem Wirtschaftswachstum von 0,1 Prozent in 2001 bereits 2002 ein Wachstum von vier Prozent und im laufenden Jahr sogar von geschätzten sechs Prozent bescherte - und dies bei negativen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Wickremesinghe äußerte sich - nicht zuletzt in Hinblick auf die florierende Wirtschaft und die in Aussicht gestellten Kredite und Hilfgelder - sehr positiv bezüglich der Wiederaufnahme von direkten Friedensverhandlungen.

Auch von Seiten der LTTE kommen klare Signale, daß dieser Optimismus berechtigt sein könnte. Es muß aber auch weiterhin stets damit gerechnet werden, daß Staatspräsidentin Chandrika Kumaratunga etwa einem lokalen Marinekommandanten den Auftrag gibt, mit Angriffen auf LTTE-Versorgungsschiffe den Friedensprozeß sprichwörtlich zu torpedieren. Sie sieht sich aber einer internationalen Allianz für den Frieden gegenüber, die sie dazu zwingt, ihre unbedachte Rhetorik nicht in unbedachte Handlungen umzusetzen. International läuft Kumaratunga, die das jetzige Regierungskabinett schon öffentlich als „Versammlung von Clowns“ bezeichnete, welche sie nur zum Spaß bestätigt hätte, Gefahr, selbst zur „*persona non grata*“ zu werden. Verhalten sich jedoch Regie-

rung und LTTE in den Reaktionen auf ihre Provokationen besonnen, dürfte es ihr kaum gelingen, den Friedensprozeß zu stoppen.

Es ist aber auch festzuhalten, daß die Vereinbarungen der sechsten Friedensrunde vom 18. bis 21. März diesen Jahres in Tokio weitgehend eingehalten wurden. So hat es seit dem Zwischenfall vom 14. Juni, als vor Mullaitivu die Versenkung eines Versorgungsschiffes auf LTTE-Seite mehrere Tote forderte, auf hoher See keine gravierenden Zwischenfälle mehr gegeben. Beide Seiten halten sich seit Juli mit Provokationen zurück. Die Verantwortung die Zwischenfälle vom 20. März und 14. Juni lag ohnehin bei der Staatspräsidentin und nicht beim Verteidigungsministerium. Kumaratunga hatte den Schießbefehl hinter dem Rücken der Regierung gegeben (SÜDASIEN berichtete). Die SLMM hat nach einer Krise im Juli wieder an Bedeutung gewonnen und der LTTE Ende September Konzessionen abringen können. Auch die Rolle Norwegens als Vermittler wurde wie vorgesehen gestärkt. Der für die siebte Friedenrunde angestrebte Plan bezüglich einer föderalen Lösung für den Norden und Osten ist mit der ins Auge gefaßten Interimsadministration entworfen worden, in den Lösungsvorschläge beider Seiten einfließen. Auch die verabredeten Treffen von Muslimen und LTTE haben stattgefunden. Schließlich haben die Appelle an die Weltöffentlichkeit zur Unterstützung des Friedensprozesses ebenfalls Früchte getragen.

Die Rolle der SLMM

Die von Norwegen initiierte und koordinierte Überwachungsmission (*Sri Lanka Monitoring Mission*, SLMM), ist wahrlich nicht zu beneiden: Abwechselnd wird sie von Staatspräsidentin Chandrika Kumaratunga, den nationalistischen Parteien wie der marxistischen JVP, den Muslimen, der LTTE und auch von Armeevertretern attackiert. Es grenzt an ein Wunder, daß die SLMM angesichts dieser kombinierten Angriffe ihre Standfestigkeit bewahrt und noch nicht aufgegeben hat. Es ist ihr hoch anzurechnen, daß sie dem propagandistischen Dauerbeschuß im Interesse der Bevölkerung ganz Sri Lankas standhält und durch zähe

Überzeugungsarbeit im Kleinen dazu beiträgt, daß die Friedenhoffnungen nicht schon zur Illusion geworden sind.

Im Juli gab es eine Krise zwischen LTTE und SLMM. So weigerte sich die LTTE das Lager *Kurangu Panjankulam* bei Kinniya, das am Westrand der Trincomalee-Bucht liegt, zu räumen. Die SLMM bestand und besteht auf der Einschätzung, daß dieses Lager entgegen der von den Konfliktparteien unterzeichneten Absichtserklärung nach dem Waffenstillstand neu aufgebaut wurde. Die LTTE behauptet aber, dieses Lager habe schon vorher bestanden. Schließlich übergab die SLMM das Dossier der norwegischen Regierung. Der Konflikt ist noch ungelöst.

Ebenfalls im Juli beschuldigte die SLMM die LTTE, ihr in fast 300 Fällen den Zutritt in LTTE-kontrolliertes Gebiet verweigert zu haben. Trotzdem erhöhte die SLMM ihren Personalbestand, insbesondere um Marinepatrouillen zu begleiten. Offensichtlich hat diese Maßnahme genutzt. Im August mußte die SLMM zwischen Muslimen und der LTTE vermitteln, nachdem mehrere Muslime getötet oder entführt worden waren. Im September häuften sich dann positivere Nachrichten: So nahm die SLMM die LTTE gegen Vorwürfe in Schutz, sie würde sich im Osten auf eine Großoffensive vorbereiten. Und am 27. September kam es zu einem hochrangigen Treffen der SLMM-Distriktleiter mit allen regionalen politischen LTTE-Führern. Am 29. September sicherte dann der politische Führer der LTTE, Thamilchelvam, der SLMM ungehinderten Zutritt in alle LTTE-kontrollierten Gebiete zu.

Internationale Einflüsse

Eine ganze Reihe von Ländern hat sich zum Friedensprozeß in Sri Lanka geäußert oder unterstützt Projekte in Sri Lanka. Die großen Geberinstitutionen wie Weltbank, Asiatische Entwicklungsbank oder Internationaler Währungsfond verknüpfen die Auszahlung von Krediten und Hilfgelder eng mit Fortschritten im Friedensprozeß. So werden beide Parteien, Regierung und LTTE, in die Pflicht genommen. In den letzten Monaten haben sich Norwegen und Japan besonders in Sri Lanka engagiert. Rückenwind für

die Regierung und Hilfe im humanitären Bereich sowie für den Wiederaufbau auch von Seiten der USA, Australiens, Großbritanniens, Frankreichs, Kanadas, Deutschlands und der Schweiz. Die norwegischen Vermittler des norwegischen Außenministeriums, Erik Solheim und Vidar Helgesen, reisten mehrfach nach Sri Lanka oder zu im Ausland stattfindenden Konferenzen, um den vorübergehend blockierten Friedensprozeß wieder in Gang zu bringen. Japan hat mit Akashi einen Sonderdelegierten berufen, der mit substantziellen Hilfspaketen sein Gepäck seinen Einfluß zur Förderung des Friedensprozesses geltend macht und die LTTE wegen ihrer Verweigerungshaltung gegenüber internationalen Konferenzen rügte.

Die Gegner des Friedensprozesses

In der LTTE gibt es nach Einschätzung von Beobachtern nur noch wenige *Hardliner* im mittleren und unteren Rang, welche den Krieg dem Frieden vorziehen würden. Nach schwerwiegenden Zwischenfällen, vor allem im März und Juni auf See, erfaßte die Wut allerdings auch höchste Ränge, und in der LTTE fanden intensive Diskussionen statt, ob es nicht an der Zeit wäre, Vergeltung zu üben. Im Juni stand die LTTE kurz davor, tatsächlich anzugreifen - und zwar mit einem gezielten Schlag gegen die Marine. Besonnene Kader und die SLMM haben aber eine solche Racheaktion verhindern können. Mit Ausnahme der *Eelam People's Democratic Party* (EPDP) und einem Flügel der *Eelam People's Revolutionary Liberation Front* (EPRLF) haben mittlerweile alle tamilischen Parteien weitgehend hinter dem Friedensprozeß und akzeptieren die Führungsrolle der LTTE.

Weit ungemütlicher ist dagegen die Haltung der srilankischen Regierung, die in Person der Präsidentin Chandrika Kumaratunga und ihrem Beraterstab, dem auch der frühere Außenminister Kadirgama angehört, eine mächtige Gegenspielerrolle hat. Diese Seite versucht auch LTTE-feindliche Tamilen und Muslime für politische Ziele zu instrumentalisieren. So kam es im Sommer auf Betreiben der Staatschefin beinahe zu einem Zusammen-

enschuß zwischen *Janatha Vimukthi* *Kammuna* (JVP) und *People's Alliance* (PA) einer Oppositionskoalition. Die Fortsetzung der JVP nach einer Ausweisung norwegischen Vermittler war aber selbst der Staatspräsidentin zu viel.

Mit einer Teilung des Nordostens in separate Verwaltungsgebiete wollen oppositionellen Parteien und buddhistische Mönche die LTTE für den Fall einer Friedenslösung politisch schwächen. Vorbilder sind neben der Regierung und der LTTE auch Norwegen und Japan. Inzwischen erhoffen sich Oppositionelle die Stärkung ihrer Position durch den Bezug Indiens - sie setzen dabei darauf, daß neue föderalistische Modelle in Lanka von Indien abgelehnt werden, diese in Indien selbst mit nicht absehbaren politischen Folgen zum Vorbild genommen werden könnten. Zudem bauen sie auf den sogenannten „Rajiv-Gandhi-Effekt“ und den damit verbundenen Kontroll vieler Inder gegen die LTTE (Anm. Red.: Die Ermordung des früheren indischen Premierministers durch den Selbstmordanschlag einer Tamilin wurde damals der LTTE angelastet). Viele buddhistische Mönche, insbesondere die sogenannte „*Bikkhu-Front*“, kämpfen aus religiös-ideologischen Gründen gegen die Stärkung aller anderer Religionsgruppen - und eine LTTE-dominierte Administration im Nordosten wäre eine solche politische Stärkung. Sie appellieren mit religiös verbrämten Schlagworten an das Nationalgefühl der singhalesischen Mehrheit. Allerdings gibt es auch buddhistische Würdenträger, die den Friedensprozeß unter Berufung auf die Rolle des Friedens im Buddhismus unterstützen. Es fällt schwer, abzuschätzen, wie stark der Einfluß dieses gemäßigten Flügels innerhalb der buddhistischen Gemeinschaft ist. In der Bevölkerung werden die Friedensbemühungen der Regierung honoriert - einer Umfrage von Anfang August (im Internet veröffentlicht am 5. August unter www.lankapage.com) war eine Mehrheit vom Friedenswillen der Regierung überzeugt, aber nur rund 45 Prozent von dem der LTTE.

Die Muslime

Die Muslime bilden in Sri Lanka eine Minderheit von rund acht Prozent der Gesamtbevölkerung; regional aber sind

sie - vor allem im Osten des Landes - häufig die dominierende Bevölkerungsgruppe. In der Geschichte Sri Lankas wurden sie sowohl von singhalesischer Seite als auch von tamilischer Seite immer wieder angegriffen oder diskriminiert. Im Friedensprozeß stehen sie auf der Seite der Regierung, wollen aber gleichzeitig ihre eigenen Interessen wahrnehmen. Das Verhältnis zur LTTE ist ambivalent bis gespannt. Am 18. August gab es nach der Ermordung zweier Muslime in den Kleinstädten Kalmunai und Sammanthurai im Osten Sri Lankas heftige Proteste sowie Generalstreiks. Proteste fanden auch immer wieder in Valaichenai und Muttur statt - in der Regel gegen Menschenrechtsverletzungen, die der LTTE angelastet werden. Ende September brachen westlich der Stadt Mannar Unruhen aus, nachdem ein tamilisches Heiligtum zerstört worden war. Es gibt aber auch Kooperationen zwischen der LTTE und Muslimen in gemeinsamen Ausschüssen und Subkomitees, die radikalen Muslimen ein Dorn im Auge sind. So wurde im Osten des Landes am 20. Juli gegen den muslimischen Verantwortlichen eines gemeinsamen Schlichtungsausschusses ein Granatenanschlag verübt, der allerdings nur Sachschäden verursachte. Der *Sri Lanka Muslim Congress* (SLMC) unter der Führung von Rauff Hakeem fordert für die nächsten Friedensverhandlungen eine unabhängige muslimische Delegation.

Militärische Situation

Nach den schweren Zwischenfällen vor der Küste am 20. März und 14. Juni kann die militärische Situation zu Beginn des Oktobers als relativ entspannt gelten - von kleineren lokalen Zwischenfällen abgesehen. Die geglückte Flucht eines srilankischen Matrosen Ende September nach einigen Monaten LTTE-Gewahrsam war den Printmedien des Landes schon eine größere Schlagzeile wert. Der Mann sollte gegen drei gefangene LTTE-Kader ausgetauscht werden.

Für Unruhe sorgen derzeit vor allem tamilische Spitzel der Regierung, die von LTTE-Kommandos gnadenlos liquidiert werden, was teilweise zu Protesten von *amnesty international* und *Human Rights Watch* führte. Die Grenze zwischen poli-

tischen Morden an EPDP- und EPRLF-Vertretern und tatsächlichen Armeinformanten ist fließend. Die LTTE reagiert auf Geheimdienstoperationen sehr empfindlich. Am 13. Juli stellte sie alle Wiederaufbauprojekte in Mullaitivu ein, nachdem sie bei einigen beteiligten Firmen eingeschleuste Geheimdienstleute entdeckt hatte.

Eine von der Opposition aufgebauchte Kriegsgefahr durch eine bevorstehende LTTE-Großoffensive hat sich spätestens nach der Berichtigung durch die SLMM in Luft aufgelöst, auch wenn JVP und PA-Vertreter darauf beharrten, daß sich die LTTE-Kämpfer lediglich versteckt hielten und die SLMM sie nur nicht entdeckt hätte.

Menschenrechte und wirtschaftliche Situation

Momentan befindet sich Sri Lanka ökonomisch im Aufschwung - und nicht zuletzt die Hilfsversprechen vieler Regierungen und Institutionen tragen dazu bei, daß sowohl auf Seiten der srilankischen Regierung als auch bei der LTTE der Friedenswille dominiert. Noch warten aber viele Exiltamilen mit ihrer Rückkehr nach Sri Lanka - Gründe sind vermint Gebiete, von den Sicherheitskräften in Beschlag genommene Liegenschaften oder Skepsis gegenüber dem Friedensprozeß. Sie reisen aber in großer Zahl nach Sri Lanka, um ihre Verwandten zu besuchen. So zählte die Armee im Sommer an ihren beiden Kontrollposten zu LTTE-kontrollierten Gebieten pro Woche jeweils 40.000 Passanten. Positive Nachrichten gibt es auch für die bislang rechtlosen indischstämmigen Tamilen im Land: Rund 160.000 von ihnen sollen nach dem Willen der Regierung die srilankische Staatsbürgerschaft erhalten.

In letzter Zeit häuften sich Berichte über Menschenrechtsverletzungen der LTTE: Entführungen, Zwangsrekrutierungen, Tötungen politischer Gegner oder von Militärintendanten, Raub und Schutzgeldentreibungen. Ob die Vorwürfe berechtigt sind, ist aber unklar. Trotzdem bleibt von den Vorwürfen etwas an der LTTE hängen.

► Internet-Tipp:

Informationen auch unter www.geoflueck.ch